

Offener Brief der Bürgerinitiative für sozial gerechte Abwasserabgaben

**Schulung demokratischen Verhaltens, eine Notwendigkeit in Weißenfels;  
Aufruf zum sofortigen Start eines neuen Runden Tisches für Abwasser**

Liebe Bürger von Weißenfels,  
sehr geehrte Stadträte und Vertreter der Verwaltung

Die turbulenten Ereignisse in den letzten Tagen haben es noch mal verdeutlicht. Weißenfels ist noch weit entfernt von einem demokratischen Miteinander und der dafür notwendigen Gelassenheit. Davon nehmen sich Vorstand und Mitglieder der Bürgerinitiative für sozial gerechte Abwasserabgaben nicht aus. Der Kern unserer Aussagen war und ist jedoch sachorientiert und hat die sozialverträgliche gemeinsame Lösung der Abwasserprobleme von Weißenfels im Focus. Dies kann der Runde Tisch sein oder gezielte Fragen in Stadtratssitzungen sowie bei Sitzungen des AöR - Verwaltungsrates. Das sich der Blick der Bürgerinitiative für sozial gerechte Abwasserabgaben in den letzten Monaten erweitert hat, ist eine beinahe zwangsläufige Entwicklung. Es stehen nunmehr auch einige schlimme Fehlentwicklungen im Blickpunkt, die über den städtischen Haushalt in ihren negativen Auswirkungen jeden Bürger erreichen. Als Beispiele sind hier die Rampenanbindung, das E – Werk und die Bahnhofstraße zu nennen.

Wir orientieren uns in unserer öffentlichen Arbeit an den vorgesehenen gesetzlichen Spielregeln, dem Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland, der Gemeindeordnung von Sachsen Anhalt und dem Satzungsrecht von Weißenfels.

Die Bürger von Weißenfels haben jedoch ein großes Problem ausgemacht, dass in vielen Sitzungen mit Bürgerbeteiligung zu bemerken war. Unter den Augen und kritischen Blick ihrer Bürger fühlen sich viele Stadträte regelrecht gehemmt, ihre persönliche Meinung zu einzelnen Themen zu sagen. Viele haben sich damit abgefunden, das Wort nur Einzelnen zu überlassen. Sie möchten in Ruhe gelassen werden und mögen Turbulenzen wie im letzten Stadtrat überhaupt nicht.

Eine Meinungsbildung in demokratischer Vielfalt findet überhaupt nicht mehr statt. Dazu trägt bei, dass seitens Oberbürgermeister und Verwaltung vielfach „alternativlose“ Vorschläge zur Abstimmung gestellt werden (z. Bsp. das LOI) und kaum genügend Zeit für Diskussion in Parteien/Fraktionen und erst recht nicht mit den Bürgern bleibt. Wenn dann noch Alleingänge des Oberbürgermeisters hinzu kommen, wie die bekannt gewordenen Absprachen zur neuen HKB Satzung mit einem Rechtsanwaltsbüro und einer Kalkulationsfirma, werden Bürger misstrauisch und Verwaltungsräte fühlen sich „hinters Licht“ geführt.

Das Kommunalrecht sieht die Meinungsbildung in der Öffentlichkeit nun mal so vor. Die Angst vor dem Bürger ist unbegründet, wenn er Gelegenheit hat den Werdegang eines Beschlusses mit zu erleben und eventuell sogar darin mit einbezogen wird.

In diesem Sinn erwarten wir auch eine baldige Aufnahme von Gesprächen am Runden Tisch zum Abwasser. Die Standpunkte aller Beteiligten sind bekannt. Seitens OBM, der Verwaltung und Fraktionen (CDU, Bürger f. WSF) wurde eine Annäherung der bisher gegensätzlichen Haltungen signalisiert. Auf grundsätzliche Verweigerer insbesondere aus den Reihen der Linken und einiger SPD/FDP - Mitglieder kann getrost verzichtet werden. Damit „könnte“ einem solchem Treffen unter Einbeziehung von Fachleuten eigentlich nichts mehr im Weg stehen. Jedes zeitliche Herausögern dämpft natürlich die Erwartung von uns Bürgern an einer offenen und fairen Behandlung dieser Themen. Aus den Bekundungen des Oberbürgermeisters Risch muss eine feste Willenserklärung der Verwaltungsratsmitglieder der AÖR und des Stadtrates werden. Alle Beteiligten (Stadträte/Verwaltung) mit Geschäftsführung AÖR und deren Dienstleistern, sind auf die neuen Zielstellungen und Strategien einzustimmen. **Sie haben diesen politischen Auftrag zu übernehmen und dann auch zu erfüllen. Und das alles sehr, sehr schnell und mit Information der Öffentlichkeit!**

Alles andere nährt Vermutungen nach abgekarteten Spielchen, wie es bereits nach bekannt werden der geheimen Vorabgesprächen mit dem Anwaltsbüro und der Kalkulationsfirma durch den Oberbürgermeisters und seiner Absicht die großen Abwassereinleiter im Alleingang zu besuchen und diese von höheren Abgaben zu überzeugen geschehen ist.

**Eine Einbeziehung der Öffentlichkeit von Anfang an hilft entscheidend solchen Vermutungen einen Riegel vorzuschieben!**

Es entspricht grundlegenden demokratischen Spielregeln, die in Weißenfels erst noch von den einen oder anderen gelernt und akzeptiert werden müssen.

Unsere freiheitliche und demokratische Grundordnung und das darauf fußende Kommunalrecht garantieren den Bürgern eine umfassende Beteiligung an der demokratischen Willensbildung. Alles was nach Gesetz/Satzung erlaubt ist, muss auch uneingeschränkt akzeptiert werden. In diesem Sinn sollte auch das am Allgemeinwohl orientierte Wirken der Bürgerinitiative betrachtet werden. Unser großer Wunsch ist die umfassende und intensive Beteiligung aller gewählten Vertreter an Entscheidungsprozessen unter Einbeziehung der Bürger (Akzeptanz und Behandlung von deren Vorschlägen und Meinungen).

Das setzt Kenntnis und Befolgung demokratischer Spielregeln voraus, daran sollten wir alle, Bürger und gewählte Vertreter arbeiten.

Mit freundlichen Grüßen

Der Vorstand der Bürgerinitiative

Heidelinde Penndorf, Monika Zwirnmann  
Hans Jürgen Spendrin, Gernot Thielitz  
Ulrich Köhler, Wolfgang Gotthelf